



Andorra 2025

Fürstentum Andorra

Ein vollständiges Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen blieb in Kraft. Maßnahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich der Datenerhebung, waren unzureichend. Die Gesundheit von Transgender-Personen war gefährdet. Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum gab weiterhin Anlass zur Sorge.

Sexuelle und reproduktive Rechte

Ein vollständiges Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen blieb bestehen und verletzte damit Menschenrechte, darunter das Recht auf sichere Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen. Eine 2025 veröffentlichte grenzüberschreitende journalistische Untersuchung ergab, dass durchschnittlich 131 in Andorra lebende Frauen jedes Jahr nach Spanien reisen, um einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen.

Im April kündigte der Ministerpräsident in einer Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates an, dass die Regierung einen Vorschlag zur Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bis 2027 vorbereite. Nach diesem Vorschlag würden jedoch weiterhin keine Dienste für den Schwangerschaftsabbruch in Andorra verfügbar sein. Frauen, Mädchen und Personen, die schwanger werden können, wären weiterhin gezwungen, ins Ausland zu reisen, um die Versorgung zu erhalten, die sie benötigen und auf die sie Anspruch haben.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Im November forderte die Expertengruppe des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (*GREVIO* - Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence) Andorra auf, die Datenerhebung zu allen Formen von Gewalt gegen Frauen zu verbessern, einschließlich der Art der Beziehung zwischen dem*der Betroffenen und dem*der Täter*in, der Art der ausgeübten Gewalt und der Anzahl der ergangenen gerichtlichen Entscheidungen. Die Expert*innen forderten die Behörden auf, Frauenrechtsverbände umfassend in Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen einzubeziehen.

Rechte von LGBTI+

Im Februar kündigte die Regierung die Veröffentlichung der lang erwarteten Protokolle zur Umsetzung geschlechtsbejahender Versorgung^[1] an, wie sie im Gesundheitsdekret von 2022 festgelegt sind. Zum Jahresende waren die Protokolle noch immer nicht verfügbar, was die Gesundheit und das Wohlergehen von Transgender-Personen gefährdet.



Recht auf Wohnen

Im März verabschiedete das Parlament ein Gesetz zum Schutz des Rechts auf Wohnen. Obwohl das Gesetz begrüßt wurde, fehlten darin konkrete Ziele zur Erhöhung des Bestands an Sozialwohnungen. Dies geschah trotz der Tatsache, dass der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum in einer im Juli veröffentlichten Umfrage als wichtigstes Anliegen der Öffentlichkeit hervorgehoben wurde.

Meinungsfreiheit

Die Verleumdungsgesetze blieben in Kraft, einschließlich der Kriminalisierung von Kritik an den Behörden und andorranischen Institutionen, was gegen internationale Menschenrechtsnormen verstößt.

[1] soziale, psychologische, rechtliche und medizinische Unterstützung, die es Transgender- und nonbinären Personen ermöglicht, ihr äußeres Erscheinungsbild und ihr Leben mit ihrer Geschlechtsidentität in Einklang zu bringen